

Der Zentral-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 27, Magazinstr. 6/7 II
Fernsprecher: Köntigstadt 1006, 1076 und 1262. — Die Zeitung
ersch. jeden Freitag
Telegrammadresse: Zentilpraxis Berlin

Bereinzelt seid Ihr nichts — Vereint alles!

Anzeigen- und Verbandsgebühren sind an Otto Gehms, Berlin D 27,
Magazinstraße 6/7 II (Köntigstadt 5386), zu richten. — Bezug
nur durch die Post. Grundpreis monatlich 2 RM.
Anzeigenpreis 2 Mark für die sechspaltige Zeile.

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Inhalt: Nach der Reichstagswahl. — Sinowjew und die deutschen Gewerkschaften. — Gewerbehygienische Vortragskurse. — Die Betriebsräte im Aufsichtsrat werden „abgebaut“. — Frauen-, Jugend- und Betriebsräte. — Scharfmacher. — Aus der Textilwirtschaft. — Bericht von der Verbandsgeneralversammlung in Cassel. — Berichte aus Sachreisen. — Literatur. — Anzeigen. — Unterhaltungsteil: Erfinderschicksale in der Textilindustrie.

Nach der Reichstagswahl.

Es ist in politischen Dingen aus taktischen Gründen mitunter geboten, unangenehme Sachverhalte zu beschönigen. Vor großen Entscheidungen handelt es sich oft darum, die Kampfkraft vor der Schädigung durch niederdrückend wirkende Einflüsse zu bewahren. Was den Ausschlag der Geistes- und Gemütsstimmung lähmen, was die Hingabebereitschaft beeinträchtigen, was die Siegeszuversicht schwächen könnte, darf um der Sicherung des Erfolges willen zuweilen verschwiegen, zuweilen nur leise angedeutet, zuweilen in mildernem Lichte dargestellt werden.

Solche Beschönigungen, die jene feilsche Verfassung herbeiführen sollen, die dem Siege günstig ist, sind erlaubt vor großen Entscheidungen. Indes, nun sind die Reichstagswahlen vorüber. Da obliegt der deutschen Arbeiterschaft die Pflicht, die Dinge zu sehen wie sie sind. Die Wahlen schufen eine neue Lage von längerem Bestand; die Arbeiterschaft hat sich darauf einzurichten, sich ihr anzupassen. Sie ist dessen nicht fähig, wenn sie nicht die inneren Tendenzen, die Merkmale dieser Lage durchschaut.

Es nützt nichts, sich zu verhehlen, daß der 4. Mai ein schwarzer Tag für die deutsche Arbeiterschaft gewesen ist. Der politisch reife Teil der Arbeiterschaft erlitt eine empfindliche Niederlage; gleichzeitig aber auch der demokratische Gedanke, die Republik, die Idee der Völkerverständigung. Ein großer Teil des deutschen Volkes befandete, daß ihm die Politik der Vernunft mißfalle. Dabei hat das Wachstum der Deutschnationalen seine ganz eigenartige Bedeutung und seine ganz besondere Gefahr.

Die Deutschnationalen sind die Partei der preußischen Junker, der wilhelminischen Offiziere, der hohen Staatsbureaucratie. Die Kreise, die in dieser Partei führen, sind die Verantwortlichen der Politik von 1890 an; sie haben das deutsche Volk in den Krieg hineinschleudern lassen; sie sind es, die zur rechten Zeit einen Frieden ohne Sieger und Besiegte verhinderten. Tirpitz, der neue deutschnationale Reichstagsabgeordnete, war der Gründer der Vaterlandspartei; Hergt, der Fraktionshauptidee, versprach, die amerikanischen Truppentransportschiffe durch die deutschen Abenteurer vor den Grund des Meeres versenken lassen zu wollen. Diese Deutschnationalen sind die wahrhaft Schuldigen an der deutschen Niederlage; sie haben der Republik das grauenvolle Erbe des verlorenen Krieges hinterlassen. Trotz des unsagbaren Unheils, das sie über das deutsche Volk heraufbeschworen hatten, streben sie seit Jahren wieder nach der politischen Macht. Der preußische Junker will seine Privilegien, der deutsche Offizier seine Kastenvorrechte, der hohe Staatsbeamte seine Selbstherrlichkeit wieder zurückerobern. Trotz aller politischen Verblendung aber steckt doch in diesen deutschnationalen Schichten eine Summe von politischen Erfahrungen und Erkenntnissen, vor allem auch von Herrscherüberlieferungen. Nie wären sie jener Tor- und Tollheiten fähig, mit denen die Deutschnationalen die politische Dummheit beunruhigen. Sie wissen, daß der, der — wie die Deutschnationalen — die Unruhe, d. h. die andauernde offensündige Revolution will, den deutschen Spießbürger nur abtötet; der deutsche Spießbürger, der will nur seine Ruhe haben. So hüteten sich die Deutschnationalen, den offenen, gewaltsamen Umsturz zu predigen; sie hielten es mit den stillen, heimlichen und heimtückischen, hinterhältigen und trockenen Methoden, mit denen es Herr

v. Kahr in München versucht hatte. Ihr Mann ist der General v. Seekt, der reaktionär handelt ohne viel Aufhebens davon zu machen. Gerade deshalb sind sie zu fürchten. Sie putzen, ohne daß man es merkt. Sie wahren die Form. Sie befehligen die Verfassung auf verfassungsmäßigem Wege. Sie werden das Republikstuhlgesetz anwenden, um die Schächer der Republik in die Gefängnisse zu schicken und den Feinden der Republik freie Bahn zu schaffen. Ihre Praxis wurde schon in Bayern vorgebildet. Die Verteidigung der Republik ist Landesverrat; der Hochverrat gegen die Republik eine nationale Tat.

Das Ueberraschende der verflochtenen Wahl war, daß diese Partei der Bankrotteure von 1918, diese Partei der schleichen Hochverräter einen überwältigenden Erfolg erzielte, nicht aber Ludendorffs Partei der politischen Narren. Hätten die Deutschnationalen die großen Fortschritte erzielt, wären sie mit 100 Mandaten in den Reichstag eingezogen, so hätte das nicht allzuviel bedeutet; man hätte sie isoliert. Man hätte mit ihnen ebenso wenig gerechnet, wie man etwa heute praktisch mit den Kommunisten rechnet. Aber die Deutschnationalen können nicht ohne weiteres in die Oppositionsecke geschoben werden; ihre Ansprüche haben Gewicht und Geltung. Sie rücken die Interessen des gesamten Bürgertums in den Vordergrund. Schon gelang es ihnen, nicht nur die Ostelbier, sondern die städtische Gefolgschaft, die bisher hinter der Deutschen Volkspartei und den Demokraten herlief, hinter sich zu bringen; sie streben an, überhaupt zur führenden Partei des Bürgertums zu werden und auch das Zentrum ins Schlepptau zu nehmen. Man kann nicht sagen, daß diese Absichten der Deutschnationalen von vornherein zum Scheitern verurteilt und zur Erfolglosigkeit verdammt seien — man kann es nicht sagen, auch wenn augenblicklich noch das Zentrum spröde tut und die Demokraten uns von ihrer unbefleckten Tugend überzeugen wollen. Einfach das Schwergewicht der politischen Dinge in Deutschland wird in den kommenden Wochen und Monaten die bürgerlichen Parteien einander in die Arme treiben; dabei werden die Deutschnationalen diesem Bürgerblock das Gepräge aufdrücken.

Im Mittelpunkt des politischen Geschehens steht nämlich noch immer — und auf lange hinaus wird es nicht anders sein — die Frage des Sachverständigenrats. Daß Deutschland es nicht ablehnen kann, wissen die Deutschnationalen so gut wie wir es wissen; mögen sie bisher noch immer, solange die anderen Parteien das sagten, in nationaler Entrüstung aufgeschäumt sein, so hat der Wandlungsprozeß bei ihnen aber schon eingesetzt. Herr Hergt redete bereits wie Stresemann; er will erfüllen — denn er empfindet, daß der, welcher sich zu erfüllen weigert, ein Bahnhühner ist, der ins Irrenhaus, nicht in den Reichstag gehört. Die Deutschnationalen behandelten während des Wahlkampfes die Angelegenheit der Erfüllung mehr oder weniger als offene Frage, in der sie einer endgültigen Bindung behutsam aus dem Wege gingen. Jetzt nehmen sie Stellung ein, und zwar die gleiche, die Stresemann bisher einnahm. Freilich werden sie klagen: wir erfüllen nur, weil uns die vorhergegangenen marxistischen Regierungen einfach gebunden haben; noch indem sie erfüllen, werden sie in ihrer bekannnten feigen Weise die Verantwortung für die von ihnen eingeschlagene Erfüllungspolitik auf die Sozialdemokratie abwälzen wollen. Durch die Annahme des Sachverständigenrats bekommt sie dem Ausland gegenüber den Rücken frei. Die außenpolitische Seite der Erfüllungsfrage ist damit erledigt. Um so leidenschaftlicher und eifriger werden sich freilich alsdann die Deutschnationalen auf die innenpolitische Seite der Erfüllungsfrage stürzen. Diese Seite aber bedeutet: Wer soll bezahlen? Das ganze Bürgertum wird hinter den Deutschnationalen marschieren, wenn diese sich anschicken, alle Reparationsleistungen auf die schwachen Schultern der Arbeiterschaft abzuwälzen. Die Arbeiterschaft wird noch drückender Besteuerung unterworfen werden; die Arbeitszeit soll weitere Ausdehnung, über zehn Stunden hinaus, erfahren; die Sozialpolitik soll verschwinden; neben dieser sozialen, wirt-

schäftlichen und steuerlichen Knebelung der Arbeiterschaft ist ihr auch noch das Schicksal politischer Entrechtung zugebracht. Wie schon in Bayern die Arbeiterschaft nicht mehr staatsbürgerliche Gleichberechtigung genießt, so soll es in ganzen Reich werden. Die Arbeiterorganisationen, insbesondere die Gewerkschaften, sollen zertrümmert werden. Die Auszerrung im Kohlenbergbau ist bereits die Einleitung des gewaltigen Klassenkampfes, der mit der Entrechtung und vollkommenen Niederwerfung der deutschen Arbeiterschaft enden soll.

Das sind die Bedrohungen, mit denen die Arbeiterschaft zu rechnen hat. Fürchtbare innenpolitische Auseinandersetzungen und Machtproben werden ausgetragen werden in einem Zeitpunkt, in dem die Existenz des Reiches noch nicht einmal sichergestellt ist. Da wirkt es doppelt verhängnisvoll, daß die Kommunisten, im Gefühle ihrer „Wahlsiege“, glauben, ihr grimmigster Feind seien die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie. Sie werfen sich auf die Bruderpartei, indes die Deutschnationalen zu vernichtenden Schlägen gegen die Arbeiterschaft ausholen; damit unterstützen die Kommunisten, wenn auch nicht der Absicht, so doch der Wirkung nach die Deutschnationalen.

So ist die Zukunft der deutschen Arbeiterschaft durchaus nicht rosig. Mag sein, daß der deutschnationalen Machtzunahme schwere Hindernisse vom Ausland in den Weg gelegt werden, mag sein, daß die Arbeiterschaft in ihrem Abwehrkampf Kräfte entwickelt, an denen Hergt ebenso scheitern muß wie einst Bismarck daran gescheitert ist. Jedenfalls aber hat sich die Arbeiterschaft auf Schwerstes gefaßt zu machen. Sie wird erleben, daß es wirklich noch schlimmer kommen kann, als es bisher schlimm kam. Freilich verzagen wir nicht. Wenn sich die Arbeiterschaft diese Gefahren ihrer Lage bewußt macht, dann hoffen wir, daß sie die Notwendigkeit der Sammlung ohne Schwierigkeit begreift. Sie wird erkennen, daß der einzig beachtliche Feind heute rechts steht und daß für den Kampf gegen rechts alle Kräfte einzusetzen sind. Dann wird die Reaktion in der Arbeiterschaft einen Gegner finden, so fürchtbar, daß sie keine Siege zu feiern vermag. Der 4. Mai kann so zu einem Tag werden, an dem zwar der Triumph der Reaktion nahe schien, von dem an aber, allen Berechnungen der Deutschnationalen zum Trost, ein neuer Aufstiege der republikanischen und sozialistischen Kräfte eingeseht hat. Nicht Entmutigung, sondern Stärkung des Kampf- und Siegeswillens muß dieser 4. Mai dem deutschen Proletariat bringen.

Sinowjew und die deutschen Gewerkschaften

Der Vorsitzende der russischen Exekutive der R.A. Sinowjew, hat in einem offenen Brief an die R.P.D. in Deutschland erneut zur Gewerkschaftsfrage Stellung genommen. Jedenfalls deshalb, weil die Führung der R.P.D. in Deutschland in die Hände der linken Richtung übergegangen ist. Er befürchtet jedenfalls, daß die neue Führergarnitur um Ruth Fischer eine andere Stellung als die bisherige Parteileitung einnehmen könnte. Sinowjew sagt in seinem Brief nichts Neues. Er empfiehlt die bisherigen von der R.A. angewandten Methoden.

Am Anfang seines Briefes sagt Sinowjew: „Hier geht es nicht nur und nicht so sehr um das Schicksal der Gewerkschaftsbewegung, sondern um das Schicksal der R.P.D. selbst und folglich um das Schicksal der deutschen proletarischen Revolution. Hier handelt es sich darum, ob die R.P.D. tatsächlich eine proletarische Massenpartei sein wird oder nicht.“ Darum muß die R.P.D. durch Anwendung von „List und Schlaubeit“ unter allen Umständen die Gewerkschaften um ihrer Einflüsse bringen, weil erst dann die R.P.D. das starke Rückgrat erhält, das sie befähigt, um durch Bürgerkrieg die Weltrevolution weiterzutreiben und die Diktatur des Proletariats aufzurichten. Wenn durch den Kampf um die Gewerkschaften das Schicksal der Gewerkschaften selbst beliegt würde, so wäre dies jedenfalls im Sinne dieses Moskauer Strategen kein Schaden.

Die Mittel und Methoden, die Sinowjew zur „Eroberung der Gewerkschaften“ vorschlägt, sind dieselben, die die R.P.D. bisher zur

Erfinderschicksale in der Textilindustrie.

Von Th. Wolff-Friedenau.

(Nachdruck verboten.)

Die Entwicklung der Technik und der verschiedenen Industriezweige ist im wesentlichen aus der schöpferischen Tätigkeit einer Reihe von Erfindern hervorgegangen, denen die Menschheit daher ewigen Dank schuldet. Nicht immer haben die Erfinder den Dank für ihre Schöpfungen und Leistungen schon zu Lebzeiten erfahren. Im Gegenteil, in der Mehrzahl der Fälle wurde ihnen dieser Dank erst nach ihrem Tode durch die Anerkennung der Nachwelt gezollt, während sie bei Lebzeiten mit der Verstandlosigkeit und Beschränktheit, oftmals aber auch mit der brutalen Selbstsucht ihrer Fach- und Zeitgenossen zu kämpfen hatten, durch die ihnen der Lohn ihrer mühevollen Erfindertätigkeit hintergehalten oder auch geradezu geraubt wurde. Nur einer Winderzahl von Erfindern war es vergönnt, schon zu Lebzeiten den Lohn ihrer Leistungen zu ernten, und auch das geschah immer erst nach mühevollen und erbitterten Kämpfen, die den Lebensabend auch dieser glücklicheren Erfinder in vielen Fällen verhältnismäßig früh beendet haben. Erfinderschicksal war immer ein schweres Schicksal und oftmals eine Tragödie, die durch Unbarm und Unverständnis verschuldet wurde.

Die deutlichsten und eigenartigsten Beispiele für diesen wechselvollen, zumeist tragischen und nur selten glücklichen Verlauf des Erfinderschicksals weist wohl die Geschichte der Textilindustrie und die der großen Erfinder dieses Industriezweiges auf. Die moderne Textilindustrie beruht im wesentlichen auf den Erfindungen der Spinn- und Webmaschinen, die im Laufe des 18. und des 19. Jahrhunderts gemacht wurden, und in diesem Erfindungs- und Entwicklungsstadium finden wir eine große Zahl hervorragender Männer vor, aus deren Tätigkeit und Schöpfungen jene vielfachen und verschiedenartigen Maschinen hervorgingen, durch welche die Textilindustrie aus der einfachen und handwerksmäßigen Arbeitsweise früherer Zeiten zu der technischen Höhe und Leistungsfähigkeit unserer Zeit geführt worden ist. Die Lebens- und Erfinderschicksale

jener Männer sind ein überzeugender Beweis für die Schwierigkeiten des Erfindertums, sind zugleich aber auch Beweis dafür, daß gerade die Textilindustrie die Leistungen und die Erfindertätigkeit ihrer großen Männer nur in den seltensten Fällen mit Dank und Anerkennung schon zu Lebzeiten jener belohnt hat.

Als einer der ersten und hervorragendsten Erfinder in diesem Entwicklungsstadium, auf den das Gesagte zutrifft, tritt uns James Hargreaves entgegen, der Erfinder der ersten brauchbaren Spinnmaschine. Die Erfindung einer solchen Maschine, durch welche das mühevoll, langsame und wenig leistungsfähige Spinnen mit der Hand und ebenso das alte Spinnrad durch eine zweckmäßigere, schneller arbeitende und leistungsfähigere maschinelle Vorrichtung ersetzt werden sollte, war ein Problem, an dessen Lösung sich schon seit dem 16. Jahrhundert einzelne Erfinder versucht hatten. Schon der hochberühmte Leonardo da Vinci, Ingenieur, Architekt und Bildhauer und einer der genialsten und vielseitigsten Menschen aller Zeiten, hatte den Entwurf für eine solche Maschine hergestellt, der jedoch nicht zur Ausführung gelangte. In den ersten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts beschäftigte sich dann der Engländer John Wyatt mit der Erfindung einer solchen Maschine, die zum Spinnen von Baumwolle dienen sollte. Der wichtigste Teil seiner Maschine waren mehrere neben- und übereinander liegende und mit ungleicher Geschwindigkeit umlaufende geriefte Walzen, sogenannte Streckwalzen, durch welche die Baumwolle hindurchgeführt wurde, wodurch diese gezogen und gestreckt und so zum mechanischen Verspinnen auf einer Spindel reif gemacht wurde. Als Spinnapparat dienten hierbei die sogenannten Flügelwindeln, die schon seit langem bekannt und in Anwendung waren. Diese Maschine, die im Jahre 1741 zum ersten Male in Betrieb genommen wurde, darf als die erste Spinnmaschine überhaupt bezeichnet werden. Solche Flügelspinnmaschinen waren für 250 Spindeln eingerichtet; zwei Efel waren zum Antrieb der Maschine nötig und zehn Mädchen zur Bedienung derselben. In den Spinnereien von Birmingham wurden einige solcher Maschinen veruchsweise in Betrieb genommen, doch konnten diese befriedigende Erfolge nicht erzielen, und der Betrieb dieser Maschinen wurde daher schon sehr bald wieder eingestellt, womit das Schicksal dieser ersten Spinnmaschine besiegelt war.

Eine wesentlich geeignetere und brauchbarere Vorrichtung für den

erstrebten Zweck war dagegen die von James Hargreave erfundene Spinnmaschine. Hargreave, geboren in Standhill bei Blackburn, und Weber von Beruf, beschäftigte sich ungefähr um dieselbe Zeit wie Wyatt mit der Erfindung einer Spinnmaschine. Seiner Maschine lag ein wesentlich anderer Erfindungsgehalt als der von Wyatt zugrunde. Statt der Streckwalzen waren bei ihr zwei horizontale zusammengepresste Latten, die Presse, angebracht. Von dieser wurde der zu verspinnende Baumwollknäuel, das Band, festgehalten. Die Spindeln, die ähnlich denen beim Spinnrad eingerichtet waren, standen vertikal auf einem beweglichen Wagen und bewirkten das Ausziehen und Drehen der Fasern und beim Rückwärtsfahren auch das Aufwickeln des gesponnenen Fadens. Nach seiner Tochter Jennys, die dem Erfinder bei seiner Tätigkeit fleißig half, nannte Hargreave diese Maschine Jenny-Maschine, welchen Namen diese Art der Spinnmaschine bekanntlich, noch heute führt. Im Jahre 1767 hatte Hargreave seine erste Spinnmaschine fertiggestellt, die mit acht Spindeln betrieben wurde. Bei einer weiteren und bereits verbesserten Maschine dieser Art konnten schon 100 Spindeln eingestellt werden, zu deren Bedienung nur ein Mädchen benötigt wurde.

Diese Maschine, deren Konstruktions- und Arbeitsweise bis auf den heutigen Tag in den Spinnmaschinen dieser Art erhalten ist, erwies sich als durchaus verwendbar und stellte gegen alle früheren Versuche und Konstruktionen einen sehr bedeutenden Fortschritt dar. Aber ihr Erfinder hatte kein Glück mit ihr. Er stieß auf vollkommene Verstandlosigkeit der Fachkreise, und statt bei diesen Begeisterung für seine Erfindung zu wecken, wie er gehofft hatte, erweckte er nur die Befürchtung, daß die neue Maschine eine lebensgefährliche Konkurrenz für die Spinnereien werden müßte. Die zünftigen reichen Spinnereibesitzer blickten schiel auf den armen Weber, der mit seiner Erfindung ein reicher Mann werden wollte. Ihre Befürchtungen vor der Konkurrenz der Spinnmaschine übertrugen sie auch auf die Arbeiter in den Spinnereien. Diese wurden dadurch zu schroffer Feindseligkeit gegen den Erfinder veranlaßt, drangen in sein Haus ein und zerstörten seine Maschinen und Werkzeuge nahezu vollständig, ja drohten ihm, ihn totzuschlagen, wenn er nochmals eine solche Maschine bauen würde. Diese Drohungen nötigten Hargreave, nach Nottingham zu flüchten.

Anwendung gebracht hat. Obwohl sich Sinowjew ganz im Sinne der bisherigen Taktik äußert, verlohnt es sich doch, auf einige Wendungen seines Befehls an die KPD. einzugehen. Sinowjew befiehlt: „Die kommunistische Partei Deutschlands kämpft wie bisher mit aller Entschiedenheit gegen die Lösung des Austritts aus den Gewerkschaften. Die ausgesprochenen und nicht organisierten Schichten der Arbeiterklasse sollen von den Kommunisten, je nach den konkreten Verhältnissen jeder einzelnen Gewerkschaft, zusammengefaßt werden.“ Es versteht sich von selbst, daß Sinowjew „die Einheitsfront von unten auf“ empfiehlt. Wie er sich die Sache denkt, darüber sagt dem Sinn nach folgendes: „Verhandlungen mit den Spitzen der Gewerkschaften und den Führern der Sozialdemokratie sind abzulehnen, weil diese Verbündete der Bourgeoisie und des Faschismus sind, dagegen müssen die Kommunisten es verstehen, die breiten Massen des in den Gewerkschaften organisierten und noch nicht organisierten Proletariats in den Alltagskampf hineinzuziehen.“ Hier sind dann Verhandlungen mit den örtlichen Vertretungen der Gewerkschaften am Platze. In richtiges Deutsch übersezt heißt dies, die Lokalvereine der Gewerkschaften und die Kartelle und die Arbeiterschaft selbst müssen gegen die Spitzen der Gewerkschaften in den Kampf getrieben werden. Dann blüht der Weizen der KPD. Den Arbeitern muß deshalb auseinandergesetzt werden:

1. daß die Krise, die die Gewerkschaften durchmachen, der ganzen Geschichte der reformistischen Gewerkschaftsverbände, ihrer Taktik und Politik des Burgfriedens entspringt;

2. daß aus der gegebenen schweren ökonomischen Lage die Arbeiterklasse nicht durch die gewöhnlichen Maßnahmen gewerkschaftlichen Kampfes, sondern lediglich durch den Sturz der Macht der Kapitalisten, durch die Diktatur des Proletariats, herauszukommen vermag.

Nun bedarf es nur noch der urteilsunfähigen Massen, die dieses glauben, dann wäre die Sache wunderschön. Leider aber ist der deutsche Arbeiter nicht mit dem russischen Mafschik zu vergleichen. Er ist immerhin einigermaßen über die wirtschaftlichen Zusammenhänge und den Geschehnissen im letzten Jahrzehnt und den sich daraus ergebenden Folgen orientiert. Die deutsche Arbeiterschaft weiß, daß die politischen und wirtschaftlichen Zustände der Gegenwart, der wirtschaftlichen und politischen Kräfteverteilung entspricht. Wenn die Verhältnisse ungünstiger liegen als wir es wünschen, so trägt daran Sinowjew und die kommunistische Partei in Deutschland ein gerühtes Maß Schuld. Die Schuld ist so groß, daß sie niemals wieder gutgemacht werden kann.

Zur Betriebsrätefrage läßt sich Sinowjew in folgender Weise aus: „Die Hauptaufgabe ist deshalb die Konzentration aller Kräfte der Kommunisten auf die Arbeit in den Betrieben und Betriebsräten zu dem Zweck, die Betriebsräte zu Ausgangs- und Stützpunkten der ganzen Arbeit der Partei in den Massen, insbesondere gegen die reformistischen Führer, zu machen.“

Dabei ist im gegebenen Moment die Unterstellung der Betriebsräte unter die reformistischen Gewerkschaften in der einen oder anderen Form als schädlich zu bekämpfen.“

Die Betriebsräte sollen lediglich den politischen Interessen der KPD. dienlich gemacht werden. Die Interessen der Arbeiterschaft, die die Betriebsräte zu vertreten verpflichtet sind, brauchen nicht beachtet zu werden. Da die Betriebsräte Glieder der Gewerkschaften sind, deshalb muß im gegebenen Moment die Unterstellung der Betriebsräte unter die reformistischen Gewerkschaften als schädlich bekämpft werden. Diese ändert sich erst dann, wenn einmal die Kommunisten die Gewerkschaften „erobert“ haben; dann müssen die Betriebsräte freilich dem Kommando der KPD. unterstellt werden.

Daß bei Entstehung von Streiks der Arbeiter gegen die Gewerkschaftsverbände den deutschen Kommunisten empfohlen wird, die Führung dieser Streiks zu übernehmen, findet ausnahmsweise unsere Billigung. Sinowjew hat jedenfalls bei diesem Vorschlag nicht mit der Hilfslosigkeit seiner deutschen Untergebenen in diesen Dingen gerechnet. Wenn er die rührende Hilfslosigkeit der Kommunisten mit in Rechnung gestellt hätte, dann hätte er jedenfalls einen „schweren“ Vorschlag gemacht. Nur dann, wenn die Kommunistenführer jeden Streik, den sie angezettelt haben, durchführen müssen, dann werden die Arbeitermassen sich sehr bald von verbrecherischen Führern der KPD., die wohl die Arbeiterschaft in Unglück und Verderben führen können, aber niemals etwas zum Schutze der Arbeiterschaft zu tun imstande sind, abwenden.

Es versteht sich von selbst, daß den Betriebsräten die Aufgabe zugewiesen wird, die Gewerkschaften für die fortschreitende Vereinerlichung der Arbeiterschaft anzuklagen und verantwortlich zu machen.“

Die Betriebsräte sollen diese Anklage lediglich deshalb erheben, weil dies im Interesse der KPD. liegt und weil diese „Ehrenmänner“ glauben, daß die Arbeitermassen dieser demagogischen Agitationsweise am leichtesten zum Opfer fallen. Diese Anweisung zeigt so recht, wessen ein kommunistischer Führer fähig ist. Unwahrhaftigkeit, Verlogenheit sind die Eigenschaften, die erst den kommunistischen Führer machen. Dieser Brief des Exekutivkomitees schließt sich dem bisher geleisteten würdig an.

Daß Sinowjew die Gewerkschaften nur als Stütze der KPD. betrachtet, geht aus folgenden interessanten Äußerungen hervor:

„Wie schon erwähnt, ist die Frage der Taktik der kommunistischen Partei gegenüber den Gewerkschaften eine Frage des Schicksals der KPD. als Massenpartei des revolutionären Proletariats. Die gegenwärtig in der KPD. aufgerollte Frage über die Gewerkschaften kann nur in Verbindung mit der Frage nach den weiteren Perspektiven der deutschen Revolution überhaupt richtig gelöst werden. Schematisch gesprochen, sind zwei Perspektiven möglich:

- a) entweder ein mehr oder minder schnelles Heranziehen eines neuen revolutionären Aufstieges, der binnen einigen Monaten oder, sagen wir, im Laufe von ein bis zwei Jahren den entscheidenden Kampf herbeiführt,
- b) oder aber eine sich etwas länger hinziehende Periode, die eine ganze Reihe von Jahren umfassen würde.

Im ersteren Falle würden natürlich die Fehler, die die KPD. in der Gewerkschaftsfrage begehen würde, durch eine siegreiche Revolution wieder wettgemacht werden, während im zweiten Falle ein Fehler in der Gewerkschaftsfrage der KPD. fraglos und bestimmt zum Verhängnis werden würde.

Wir haben bereits festgestellt, daß die KPD., indem sie ihrerseits alles tut, um die Chancen der ersten Möglichkeit zu vergrößern, gleichzeitig ihre Taktik so gestalten muß, daß sie auch für die zweite Perspektive gerüstet dasteht.

Für den Fall eines schnellen Sieges der proletarischen Revolution werden wir natürlich eine ganze Reihe neuer und rasch wirkender Maßnahmen finden, die uns die Eroberung der Gewerkschaften sichern. Zöge sich dagegen der Prozeß der Heranreifung der Revolution in die Länge, und gäben wir gleichzeitig den Führern des ADGB. die Möglichkeit, uns aus den Gewerkschaften hinauszudrängen, so würde das den Untergang der KPD. bedeuten.“

Sinowjew hat gut begriffen, daß die KPD. nur auf Grund ihrer agitatorischen Geheimmethoden gegen die Gewerkschaften bisher Erfolge erzielen konnte. Die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse irrt ihr überes dazu bei, breite Arbeiterschichten in die Arme der KPD. zu treiben. Um die Schimpf- und Geheimmethoden gegen die Gewerkschaften weiter treiben zu können, deshalb sollen die Kommunisten in den Gewerkschaften bleiben. Zur Gründung von eigenen Gewerkschaften hat Sinowjew nicht das mindeste Vertrauen. Das ist ja begreiflich, denn dann würde sich ja zeigen, daß die Anwendung der von den Kommunisten bisher empfohlenen Methode den Tod der Gewerkschaften bedeuten würde. Die Kommunisten wären dann entweder gezwungen, dieselben Kampfmethoden anzuwenden, die bisher in den deutschen Gewerkschaften angewendet und die von den Kommunisten als falsch bezeichnet werden, oder sie wären überhaupt

nicht in der Lage, irgendwelche lebensfähigen Gewerkschaften aufzubauen zu können. Die Kommunisten empfehlen ja auch nur deshalb „Kämpfe auf breiterer Grundlage“, „Generaltreik“ usw., um dem verhassten ADGB. Schwierigkeiten zu bereiten. Man gibt Parolen aus, die abgelehnt werden müssen, um Gelegenheit zu schaffen, um die Gewerkschaftsführer als „Verräter“ der Arbeiterschaft nach bekanntem Muster beschimpfen und verleumben zu können.

Die Gewerkschaften sind endlich verpflichtet, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß sie innerlich so gereinigt werden, daß ein für allemal diese kommunistischen Hegevehoden unterbunden werden. Wir dürfen niemals zugeben, daß die Gewerkschaften zu einem Objekt werden, an dem das kommunistische Agitationsinteresse seine Befriedigung findet. Ferner ist noch interessant, daß Sinowjew den Kommunisten Vorsicht empfiehlt, damit nicht ein großer Teil der Kommunisten aus den Gewerkschaften ausgeschlossen wird. Die deutschen Kommunisten haben bisher großen Lamtam geschlagen für die sofortige Einberufung eines Kongresses der Opposition der Gewerkschaften. Sinowjew rät ab. Er ersucht, auf die Einberufung dieses Kongresses der Opposition in den Gewerkschaften zu verzichten und zwar deshalb, um den Führern des ADGB selbst den äußersten Vorwand zur Spaltung zu nehmen. So vorsichtig waren bisher die Kommunisten noch nie. Wir werden auch dieses zu werten wissen. Wir betonen nochmals: Die Gewerkschaften sind sich selbst schuld, dafür zu sorgen, daß endlich diese ruffischen Agitationsmethoden innerhalb der Gewerkschaften schnellstens unterbunden werden.

Gewerbehygienischer Vortragskursus.

In der Zeit vom 1. bis 10. Mai d. J. fand in Halle a. d. S. ein von der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene veranstalteter gewerbehygienischer Vortragskursus statt. Als Vortragssthemata waren neben der Einführung in die Gewerbehygiene fast alle gewerbehygienischen Gebiete vorgehoben. Zu Referenten waren nur hervorragende Autoritäten der Gewerbehygiene gewonnen worden. Die Veranstaltung erfreute sich eines guten Besuches aus den Kreisen der Ärzte, Gewerbeärzte und Vertretern der Betriebe. Leider waren die Gewerkschaften nur sehr schwach vertreten.

Wünschenswert wäre es, wenn die gehaltenen Vorträge in der Fachpresse veröffentlicht werden könnten, damit sie weiteren Kreisen zugänglich werden.

Die erste Veranstaltung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene beweist, daß der Gesellschaft für ihr ferneres Wirken der beste Erfolg zu wünschen ist.

Gewerbehygiene.

Die Gewerbehygiene hat, obgleich sie eine verhältnismäßig junge Wissenschaft ist, auf gewerbehygienischem Gebiet doch schon Vorbildliches geleistet. Trotzdem bleibt gerade hier noch vieles zu tun übrig. Soll die Gewerbehygiene alle ihr gestellten Aufgaben erfüllen, dann müssen die gewerbehygienischen Fragen mehr als bisher bei der Ausbildung der Ärzte eine Rolle spielen. Und zwar, weil die Gewerbehygiene namentlich in den Industriezentren mehr und mehr an Bedeutung gewinnt.

So wertvoll die gewerbeärztliche Beratung für Industrie und Handwerk auch ist, so darf doch nicht verkannt werden, daß die Gewerbehygiene keine rein ärztliche Wissenschaft ist. Der Gewerbearzt kann nur segensreich wirken, wenn er von der Technik im weitestgehenden Maße unterstützt wird und beim Arbeitgeber das nötige Verständnis für alle Fragen der Gewerbehygiene findet.

Vor allem darf, wie das heute leider noch immer recht häufig vorkommt, die Durchführung einer wirksamen Gewerbehygiene nicht aus Mangel an Mitteln scheitern. Gerade hier Sparsamkeit üben zu wollen, ist völlig verfehlt. Jeder Gewerbehygieniker kann nachweisen, daß die zu gewerbehygienischen Zwecken gemachten Ausgaben sich sehr hoch verzinsen. Sie sind in des Wortes tatsächlicher Bedeutung zinstragend angelegtes Kapital. Darum ist es dringend geboten, das nötige Verständnis über Zweck, Wert und Nutzen der Gewerbehygiene in allen Bevölkerungskreisen zu wirken.

Was ist nun eigentlich Gewerbehygiene? Die Antwort kann in die ebenso einfache wie kurze Formel gebracht werden: Gewerbehygiene ist der wissenschaftliche Versuch, die Ursachen der Berufs- oder Gewerbekrankheiten zu erforschen. Denn kennt die Wissenschaft erst deren Ursachen, dann ist es leicht, die Wege zu weisen, die Medizin und Technik zur Verhinderung der gewerblichen Krankheiten mit ihren oft fürchtbaren Folgeerscheinungen zu beschreiten haben.

Die Gewerbehygiene dient in erster Linie der Erhaltung der Volksgesundheit und der Volkskraft. Darum hat sie sich auch die Aufgabe gestellt, durch vorbeugende Maßnahmen das Entstehen von Berufs- oder Gewerbekrankheiten möglichst zu verhindern. Da nur gesunde Arbeiter leistungsfähig sind, ist an einem erfolgreichen Wirken der Gewerbehygiene neben der Volkswirtschaft im allgemeinen Industrie- und Handwerk im besonderen hervorragend interessiert. Aber auch die Arbeiterschaft als Klasse hat ein lebhaftes Interesse an der geistlichen Weiterentwicklung der Gewerbehygiene. Ist doch infolge von Betriebsunfällen und Berufskrankheiten schon sehr viel Not und Leid in Arbeiterfamilien eingetreten und manches Familienglück dauernd zerstört worden. Daher ist die Prophylaxe (Vorbeugung) der Gewerbehygiene die beste Methode zur Bekämpfung der Berufs- oder Gewerbekrankheiten.

Welchen Wert es für die Gesamtbevölkerung haben kann, wenn überall in den interessierten Kreisen die von der Gewerbehygiene empfohlenen vorbeugenden Maßnahmen angewendet und befolgt werden, zeigt am deutlichsten die Tatsache, daß nach der Betriebs- und Gewerbebezahlung des Jahres 1907 14 1/2 Millionen Menschen in Industrie und Handwerk beschäftigt waren, darunter 26 1/2 Proz. weibliche Arbeiter. Die Zahl der in Industrie und Handwerk Beschäftigten hat sich inzwischen bedeutend vergrößert. Und alle diese Menschen sind noch immer mehr oder weniger der Gefahr ausgesetzt, von einer Berufs- oder Gewerbekrankheit befallen zu werden.

Der Begriff der Berufskrankheit läßt sich nicht immer so genau bestimmen. Es ist zu unterscheiden zwischen Berufsunfall und Berufskrankheit. Auch der Unfall ist eine durch irgendwelche gewalttätigen Einwirkungen auf den Körper des Arbeiters hervorgerufene Berufskrankheit. Die Unfallgefahren, denen der Arbeiter ausgesetzt ist, sind ebenso groß wie mannigfaltig. Leider war es noch nicht möglich, durch den Erlaß von Unfallverhütungsvorschriften die Unfälle völlig einzudämmen. Oftmals ist die Gewöhnung an die Gefahr, oftmals aber auch der gewissenlose Arbeitgeber und Vorgesetzte, die den Arbeiter veranlassen, die Unfallverhütungsvorschriften nicht zu beachten und die Schutzvorrichtungen zu entfernen, schuld an vorkommenden Unfällen. Diesem schädlichen Tum muß mit allen Mitteln entgegen gewirkt werden.

Im Gegensatz zum Unfall wird die Berufskrankheit verursacht durch eine Reihe kleiner gesundheitschädigender Einwirkungen auf den Körper des Arbeiters. Wegen der Folgen sind die Berufskrankheiten von größter Bedeutung im Leben unseres Volkes. Darum darf die Wissenschaft nichts unversucht lassen, Berufskrankheiten, diese Geißel der arbeitenden Menschheit, zu verhindern.

Die Berufskrankung erzeugenden Ursachen sind in ihren Wirkungen ganz verschieden. Letztere werden beeinflusst von der Körperkonstitution, der Rasse, dem Alter, dem Geschlecht, dem Gesundheitszustand, den Wohnungsverhältnissen, dem Alkoholismus, der Arbeitsdauer. Gewisse Eigenschaften des Arbeiters, z. B.: Energie, Lebung, Training, Intelligenz lassen eine Berufskrankung weniger leicht aufkommen, sie machen den Arbeiter widerstandsfähiger gegen die ungünstigen Einwirkungen des Berufs. Daß durch alle diese Eigenschaften die Arbeitsintensität gesteigert und die Produktivität des Arbeiters bedeutend erhöht wird, dürfte ohne weiteres einleuchten. Es ist selbstverständlich, daß Nacharbeit und die Arbeit in dunklen Räumen die entgegengesetzte Wirkung ausübt.

Die Ueberanstrengung bei der Arbeit trägt viel dazu bei, den Körper für Berufskrankungen besonders empfänglich zu machen. Nicht jede Arbeitsleistung wirkt schädigend. Der menschliche Körper braucht zu seiner Entwicklung ein bestimmtes Maß von Arbeit. Wird dieses Maß überschritten, tritt erst die Gesundheitschädigung ein. Dann wird die Entwicklung des menschlichen Körpers nicht gefördert, sondern gehemmt.

Man muß sich aber hüten, jede durch die Arbeit bedingte Ermüdung des Körpers als Ueberanstrengung und damit als gesundheitschädlich zu bezeichnen. Die nach jeder Arbeitsleistung eintretende Ermüdung ist die physiologische Folgeerscheinung der Arbeit und ist als solche unbedenklich. Eine Schädigung der Gesundheit ist erst zu beobachten, wenn die Ermüdung eine anormale ist. Eine derartige Uebermüdung läßt sich stets dann feststellen, wenn zu intensiv gearbeitet wird, wenn ein erheblicher Unterschied besteht zwischen der Arbeitsintensität und dem Arbeitsrhythmus.

Zu beachten ist auch die Temperatur und die Verunreinigung des Arbeitsraumes durch Gas und Staub. Bei der Einatmung von Staub hängt der Grad der Gesundheitschädigung von der Beschaffenheit des Staubes ab. Wird Gas eingeatmet, werden sich in der Regel mehr oder weniger starke Vergiftungserscheinungen bemerkbar machen.

Die Nacharbeit nimmt den menschlichen Körper stärker in Anspruch, weil die Erholung am Tage die Nacharbeit nicht zu ersetzen vermag. Wenn auch anzunehmen ist, daß die Nacharbeit oftmals nicht so anstrengend ist wie die am Tage zu verrichtende Arbeit, so ist es doch notwendig, durch Wechselrhythmen einen Ausgleich zu schaffen. Dauernde Nacharbeit dürfte letzten Endes doch gesundheitschädigend wirken. Die Arbeit in dunklen und geschlossenen Räumen erzeugt Malaria.

Ein besonderes Kapitel bildet auch hier wieder die Frauenarbeit. Die Gewerbehygiene hat durch Messungen festgestellt, daß die Arbeitskraft resp. die Arbeitsmöglichkeit der Frau nur 75 Proz. von der des Mannes beträgt. Die arbeitende Frau hat in den Jahren vom Beginn bis zum Ende der Fortpflanzung weit ungünstigere Chancen gegen Krankheit und Tod als der Mann. Das heißt: die berufstätige Frau ist den gesundheitschädlichen Einwirkungen der Arbeit am meisten zugänglich. Sie ist den Berufskrankungen viel mehr unterworfen, als der männliche Arbeiter. Das zeigt sich vor allem in der Zeit der Menstruation und während der Schwangerschaft. Blutvergiftungen, die zur Unfruchtbarkeit oder zu regelmäßigen Fehlgeburten führen, sind durchaus nicht selten. Durch die Berufstätigkeit der Frau wird die Fortpflanzungsfähigkeit überhaupt beeinträchtigt. Die Kinder der berufstätigen Frau sind schwächer als die der nicht arbeitenden Frau. Geradezu erschreckend groß aber ist die Kindersterblichkeit in Arbeiterkreisen, weil die arbeitende Frau infolge der Berufsarbeit wenig gesunde und lebensfähige Kinder zur Welt bringt.

Für die arbeitende Frau wirkt auch noch besonders schädigend die einseitige Tätigkeit, die sie ausüben muß. Ständiges Stehen oder Sitzen bei der Arbeit bedingt einen stärkeren Druck auf gewisse Körperteile, der durch regelmäßige Wechselrhythmen ausgeglichen werden sollte. Jede gleichmäßige bzw. gleichförmige Arbeit führt zu einer schnelleren Ermüdung und wirkt dadurch schädigend. Diese kurzen Darlegungen über die schweren Schädigungen, die die Frauenarbeit mit sich bringt, zeigen sinnersfällig, daß die Nacharbeit der Frau dauernd verboten und daß der arbeitenden Frau ein weit größerer Schutz als bisher gewährt werden muß.

Daß die Textilarbeiterschaft an einem besseren Arbeiterinnenschutz ganz besonders interessiert ist, beweist die große Zahl der in der Textilindustrie beschäftigten weiblichen Arbeiter. Es gab in der Textilindustrie Betriebe und Beschäftigte:

im Jahre	Betriebe	Arbeiter
1913	17 400	956 076
1919	10 540	493 320
1922	14 615	930 410

Davon waren Arbeiterinnen über 16 Jahre:		
überhaupt v. J.	überhaupt v. J.	überhaupt v. J.
1913	1919	1922
überhaupt v. J.	überhaupt v. J.	überhaupt v. J.
461 607	284 800	529 987
48,3	57,7	57,0

In den der Gewerbeaufsicht unterstellten Textilbetrieben waren beschäftigt:

Jahr	Betriebe	Erwachs. männl. Arbeiter	Arbeiterinnen über 16 Jahre	Jugendliche bis 16 Jahren
1920	11 630	233 386	360 141	40 174
1921	12 435	282 776	419 091	48 694
1922	14 615	335 270	529 987	65 153

Diese Zahlen sprechen nicht nur Bände, sie sprechen auch für sich selbst. Sie bestätigen das Vorhergesagte vollinhaltlich.

Zum Schluß noch einige zusammenfassende Bemerkungen über die Aufgaben der Gewerbehygiene. Ihre Hauptaufgabe ist, Ursache und Wirkung kennen zu lernen, die die Gesundheitschädigungen des Arbeiters herbeiführen. Ist das erreicht, dann ist es leicht, Verhütungsmassnahmen zu ergreifen. Die nötigen Schlüsse lassen sich für Medizin und Technik aus den praktischen Erfahrungen sehr schnell ziehen. Bevor wir jedoch so weit sind, verdienen folgende Grundsätze genauer Beachtung:

Vor der Einstellung in einen Betrieb ist jeder Arbeiter einer Eignungsprüfung zu unterwerfen. Es sollte überhaupt eine gewisse Auswahl der einzustellenden Arbeiter erfolgen. Regelmäßige Untersuchungen des Gesundheitszustandes der Arbeiter sind dringend geboten. Darüber hinaus ist unbedingt notwendig die sofortige Einführung der technischen und persönlichen Hygiene. Die beste technische Hygiene zum Schutze der Arbeiter ist die, die die entzündenden Schädigungen, die Entwicklung von Staub und Gasen, am Ort der Arbeit beseitigt. Zu verhindern ist die Verunreinigung der Luft in den Arbeitsräumen, gleichzeitig ist aber auch für eine möglichst gleichmäßige Temperatur in den Fabrikhallen zu sorgen. Die persönliche Hygiene besteht in absoluter Reinlichkeit, um von vornherein gesundheitschädigende Einwirkungen des Arbeiters unmöglich zu machen.

Alles in allem genommen, ist die Gewerbehygiene ein Programm, an dessen Durchführung die Arbeiterschaft auf das lebhafteste interessiert ist. Wie jedoch die Dinge bei uns liegen, wird den Gewerkschaften auch hier wieder die Aufgabe zufallen, noch mehr als bisher zu drängen und zu mahnen, daß die Forderungen der Gewerbehygiene vom Gesetzgeber beachtet werden.

Die Betriebsräte im Aufsichtsrat werden „abgebaut“.

Als im Sommer vorigen Jahres die Betriebsratsaufsichtsratswahlen stattfanden, erklärten Kommunisten in hundert Textilbetrieben, daß sie den „Insinn“ dieser Wahlen nicht mitmachen. Das ganze Betriebsrätegesetz sei eine reformistische Madenschaf, folglich müsse es als solches bekämpft und sabotiert werden. Die Früchte dieser Bekämpfung beginnen zu reifen, allerdings nicht zum Besten der von den Kommunisten vertretenen Arbeiterschaft, sondern wie immer zum Besten der — Unternehmer. Angefacht durch die Sabotage des BRG seitens der Kommunisten und durch die Zersplitterung der Arbeiterschaft dank der „revolutionären“ (!) Arbeit der Moskauer glauben die Unternehmer den Zeitpunkt für gekommen, die wichtigsten Stücke aus dem BRG. herauszureißen und „abzubauen“. In den Abbau der verschiedensten „reformistischen“ (Fortf. auf Seite 4.)

Frauen-, Jugend- und Betriebsrateteil

Wann werden die Arbeiterinnen ihre Aufgaben erkennen lernen?

Eine nicht mehr zu übersehende Erscheinung der fortschreitenden Industrialisierung ist die wachsende Eingliederung der Frauen und Mädchen in den Produktionsprozeß. Immer neue Formen, immer neue Methoden entwickelt die kapitalistische Wirtschaft, die ihren Ausdruck finden in immer weitergehender Verfeinerung und Spezialisierung der Maschinen, der Werkzeuge, der Arbeitsmethoden. Die durch Verbesserung der Technik hervorgerufenen Revolutionen waren stets begleitet von mehr oder weniger auffälligen Umwandlungen des gesellschaftlichen Lebens. Eine der wichtigsten Aufgaben des Proletariats ist es, diesen Umwandlungen der bestehenden Gesellschaftsordnung die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden, sie zu erkennen, um sie im Interesse der Arbeiterklasse auszuwerten. Die zunehmende Erwerbstätigkeit der Frauen ist eine der größten Umwälzungen unserer Zeit. Sie verdient die größte Beachtung der Organisationen wie der arbeitenden Frauen selbst. Der wirtschaftliche Zwang einer Einbeziehung der Frauen in den Produktionsprozeß ergab sich aus den Verhältnissen. Sie wieder daraus entfernen zu wollen, nachdem sich ihr nahezu alle Berufswege erschlossen haben, ist zur Unmöglichkeit geworden. Nach jahrhundertelanger Unfreiheit, wirtschaftlicher und geistiger Unterdrückung treten nun die Frauen als beachtlicher Faktor im gesellschaftlichen Leben auf. Die starke Verbundenheit mit der Wirtschaft legt sie auch in Beziehung zur ganzen Gesellschaft. Sie beginnen, leider noch in völlig unzulänglicher Weise, ihre Forderungen auf Gleichberechtigung und gleiche Beteiligung an der Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu proklamieren. Darin wird man die sich anbahnende gesellschaftliche und kulturelle Auswirkung der Erwerbstätigkeit der Frauen erblicken dürfen.

Es ist selbstverständlich, daß die Gewerkschaften dieser Entwicklung fördernd gegenüberstehen. Haben sie doch das lebhafteste Interesse daran, die vielen brachliegenden Kräfte und Eigenschaften der Frauen für die menschliche Gesellschaft nutzbar zu machen. Die Eingliederung der Frauen in die Organisationen und eine dem Wesen der Frau entsprechende gewerkschaftliche Schulung bezeichnet schon das Interesse des gesamten Proletariats an den Frauenfragen. Die Frauen zu organisieren, damit sie in gemeinsamer Kampffront mit den Männern das gemeinsame Ziel, die Befreiung der Arbeit, die sozialistische Gesellschaft erreichen, war und ist das Streben der Gewerkschaft.

Daraus ergeben sich aber Voraussetzungen, die in Verstandeschulung und verfeinerter Menschenbildung bestehen. Im allgemeinen erscheinen die Frauen einer Verstandeschulung wenig zugänglich, und dennoch ist sie unerlässlich, wenn sie die Probleme des gesellschaftlichen Lebens, zu deren Lösung sie mit berufen sind, durch Einsicht in die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhänge der Lösung näherbringen wollen.

Notwendig dazu ist eine gründliche Umstellung der Arbeiterinnen. Zu wenige sind sich ihrer Bedeutung im Wirtschaftsleben voll bewusst. Diese Bedeutung liegt nicht nur darin, daß man den Arbeitsplatz voll ausfüllt, sie liegt vielmehr darin, daß man die Verhältnisse, unter denen man arbeitet, kritisch würdigt und verständnisvoll durchdenkt, um praktische Vorschläge für Verbesserungen machen zu können. Nur durch schöpferische Betätigung der Arbeiterinnen selbst wird das gewerkschaftliche Leben jene Bereicherung erfahren, welche vorwärts strebenden Arbeiterinnen jede Veranstaltung ihrer Organisation lieb und wert macht, weil sie wissen, daß sie ihnen zur Weiterbildung, zum geistigen Aufstieg verhilft.

Noch sind wir diesem Ziel fern, doch beginnen sich an vielen Orten schon die Kräfte zu regen, die sich bemühen, dem Ziele näherzukommen. Für die gewerkschaftliche Entwicklung, die der Arbeiterklasse obliegt, ist die verstandesmäßige Durchbildung der Arbeiterinnen notwendig. Machen sich in immer größerer Zahl die Arbeiterinnen diese Auffassung zu eigen, verbinden sie ihre Einsicht in die Zusammenhänge alles Geschehens mit dem den Frauen eigenen Reichtum an Gefühlen, so eröffnen sich für die weitere Entwicklung der Arbeiterbewegung Ausblicke, welche zu großen Hoffnungen für den geistigen Aufstieg der Arbeiterinnen berechtigen. Der Anfang ist da. Deshalb noch einmal die Frage: „Wann werden die Arbeiterinnen ihre Aufgaben erkennen lernen?“

Volkshochschule Linz

Das Bildungswesen ist immer eines jener Probleme gewesen, welches in der Arbeiterbewegung die größte Beachtung fand. Die Erkenntnis war immer allgemeiner, daß die proletarische Bewegung nicht nur eine wirtschaftliche und politische, sondern auch eine kulturelle sein muß. „Wissen ist Macht“, sagte der alte Liebknecht schon den Arbeitern. Die Ablösung der heutigen Gesellschaftsordnung und ihre Umwandlung in eine sozialistische ist nur möglich durch eine geschlossene, gut geschulte Arbeiterklasse.

Wie sieht es aber in Deutschland jetzt aus? Wir kommen an der Tatsache, daß infolge des Krieges und seiner Nachwirkungen die Fortbildung der Arbeiterklasse ungemein gelitten hat, nicht vorbei. Der Wahlarbeitsfall zeigt das zur genüge. Es fehlt uns eben die aufklärte, klassenbewußte Arbeiterschaft. Sollen wir aber deshalb unser erbärmliches Leben so weiter fristen? Haben wir nicht als Proletarier, vor allem aber die Frauen, die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen unserer Volksgenossen, dem Nachwuchs der Arbeiterklasse, ja der gesamten Menschheit und uns selbst gegenüber die Pflicht, die heutige Gesellschaftsordnung zu beseitigen und sie durch eine sozialistische zu ersetzen? Immer und immer wieder müssen wir unseren Arbeitsbrüdern und Arbeitsgeschwestern den Satz ins Gedächtnis hämmern: „Bildung macht frei!“ Es darf nicht mehr das Leben des Arbeiters lediglich aufgehen in den Sorgen der Ernährung und Fortpflanzung.

Haben wir als Textilarbeiter nicht in hervorragendem Maße beizutragen zur Hebung der Allgemeinbildung der Arbeiterschaft, schon um der großen Masse der in unserer Industrie beschäftigten Frauen und Mädchen, der künftigen Mütter und Erzieherinnen unseres Nachwuchses? Ist die Art der Erziehung, wie wir sie heute noch in Proletarierfamilien allgemein finden, eine sozialistische? Werden diese Kinder einmal Klassenkämpfer sein, wie wir sie für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse brauchen? Nein, sie werden es nicht sein, auch nicht sein können, wenn wir nicht unser Augenmerk darauf richten, erst die sozialistische Mutter zu erziehen. Darum auch das Bestreben der Organisationsleitung, unterstützt von allen Verbandsinstanzen, die Arbeiterinnen zu jeder Mitarbeit heranzuziehen. Darum die organisierte Arbeit in den Arbeiterinnenkommissionen, dazu bestimmt, der Arbeiterin ein gewisses Maß von Bildung zu vermitteln, welches sie befähigt, sich höher entwickeln zu können. Durch diese Arbeit erkennen auch wir die Pflicht der Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit an, alle proletarischen Bildungsbestrebungen zu unterstützen, denn nur in dem Kulturfortschritt der Arbeiterschaft besteht die Vermenschlichung des Daseins der Arbeiter als Klasse, ihr kultureller Aufstieg wirkt sich aus in ihrem Kampf gegen alles Rohe und Gemeine, gegen alle Ungerechtigkeiten, unter der sie leiden.

Diesem Streben der Gewerkschaften, die Arbeiterklasse geistig emporzuheben, hat das Unternehmertum immer den hartnäckigsten Widerstand entgegengekehrt. Es herrscht auch jetzt wieder das Bestreben bei den sich wieder mächtig fühlenden reaktionären Schichten vor, die ohnehin nicht zahlreichen Bildungsstätten für geistig vorwärtstrebende Proletarier möglichst zu beseitigen. Gleich einer Ruine ragt aus dem ohnehin so spärlich besäten Bildungsfeld der Arbeiterschaft die Volkshochschule Linz hervor. Bis jetzt ist sie noch von der wilden Zerstörungswut der Reaktion verschont geblieben. Wie lange, steht noch dahin. Es besteht die Gefahr, daß ihr daselbe Schicksal droht wie ihren Schwestern-

schulen Dreißigacker, Jena usw. Sie hat im Jahre je einen halbjährigen Kursus für fortgeschrittene Arbeiter und einen für Arbeiterinnen. Aus den Reihen unserer Kolleginnen haben schon zwei die Hochschule besucht und dadurch eine Bereicherung ihres Wissens erfahren, das sie im Dienste unserer Organisation anwenden. Am 1. August, dauernd bis Weihnachten, beginnt der nächste Mädchenkursus. Die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen haben alle Ursache, darüber zu wachen, daß die Bildungsstätte nicht auch noch ein Opfer der reaktionären Zerstörungswut wird. Sie dürfen nie vergessen, daß die Unternehmer grimmige Feinde der Arbeiterbildung sind. Sie sind der Meinung, daß die dümmsten Arbeiter die besten sind, weil sie sie leichter ausbeuten können als denkende und wissende Arbeiter. Sie dürfen nie vergessen, daß eben die Arbeiter infolge ihrer den Arbeitern gegenüber zurückgebliebenen Bildung von den Unternehmern noch mehr ausgebeutet, noch mehr unterdrückt werden als die Arbeiter. Darum muß in der Arbeiterschaft die Erkenntnis reifen, daß die Ablösung der kapitalistischen Gesellschaft nur das Werk einer dafür gebildeten, die Wirtschaft beherrschenden Arbeiterschaft sein kann und daß dazu auch die Arbeiterinnen herangebildet werden müssen. Für die Weiterbildung der Arbeiterschaft, vor allen Dingen der Frauen und Mädchen, dem die Erziehung der Kinder in erster Linie zufällt, kann deshalb gar nicht genug getan werden. Das mögen vor allem die beherzten, welche die besondere Heranbildung und Schulung der Arbeiterinnen lediglich als eine Bevorzugung derben ansehen. Das ist sie nicht, sondern nur eine aus den Verhältnissen heraus sich ergebende Notwendigkeit.

Vom 1. August 1924 bis Weihnachten 1924 läuft der nächste Mädchenkursus. Das Schulgeld für den Kursus beträgt 100 Mk. Unterrichtsfächer sind: Nationalökonomie, Geschichte, Kunst, Literatur, Wirtschaftslehre, Rhetorik, Deutsch usw.

Bücher

2. Geschichte

Es ist in der Arbeiterbewegung zum Gemeinplatz geworden, daß Karl Marx der Vater der ökonomischen Geschichtsauffassung ist. Marx hat jene Betrachtungsweise in den Vordergrund gerückt, die den maßgeblichen Einfluß der wirtschaftlichen Tatsachen und Machtverhältnisse auf das geschichtliche Geschehen betont und die in allen geschichtlichen Vorgängen letzten Endes mehr oder weniger geschichtliche Klassenkämpfe sieht. Nun hat uns Marx selbst einige ganz hervorragende geschichtswissenschaftliche Schriften hinterlassen, die jene ökonomische Betrachtungsweise mit Meißerhand zur Anwendung bringen. Es sei an die „Klassenkämpfe in Frankreich“, an den „Bürgerkrieg in Frankreich“, an den „18. Brumaire“, an „Revolution und Konterrevolution“ erinnert. Auch Engels „Lauernkrieg“ ist eine merkwürdige Studie ökonomischer Geschichtsauffassung. Mit Ausnahme noch von Mehrings „Vesling-Legende“ sind freilich damit alle wirklich befriedigenden geschichtlichen Darstellungen dieser Art erschöpft. Es fehlt zwar nicht an Schriften, die versuchen, die ökonomische Geschichtsbetrachtung zu handhaben (Kautsky, Blos, Maurenbrecher usw.); man kann jedoch nicht behaupten, daß diese Versuche von besonderem Erfolge getränkt gewesen seien.

Alle jene Versuche der Geschichtsschreibung unter Anwendung der ökonomischen Geschichtsbetrachtung sind im großen und ganzen nur Einzeldarstellungen. Es fehlt ein marxistisches Geschichtswerk, das große Zeiträume zusammenfaßt. Wer wirklich geschichtliche Studien machen will, kann nicht anders, als daß er zu sogenannten bürgerlichen Geschichtsschreibern greift.

Zusammenfassende Geschichtswerke gibt es in großer Anzahl; die wenigsten freilich sind von bleibendem Werte. Die Gesichtspunkte sind zum Teil eng und beschränkt; die Ausdeutung der geschichtlichen Vorgänge ist willkürlich oder den Interessen der herrschenden jüngerlichen oder bürgerlichen Schicht entsprechend. Für den jungen strebsamen Arbeiter kommen vor allen Dingen in Frage:

a) Für das Altertum: Plutarch, selbst ein alter Geschichtsschreiber, gegen dessen wissenschaftliche Methode zwar vieles einzuwenden ist, der aber den Vorzug hat, daß er aus der Anschauungsweise des Altertums selbst heraus schreibt. Von ihm sind zahlreiche Lebensbeschreibungen vorhanden. (Reclam.) — Ferner Mommsen, Römische Geschichte, ein prächtiges, mehrbändiges Werk.

b) Für das Mittelalter und die Neuzeit: Ranke. Ranke ist zweifellos unser größter deutscher Geschichtsschreiber. Der sehr richtige Gesichtspunkt Ranks ist, daß die Innenpolitik eines Staates von außenpolitischen Abhängigkeiten bestimmt ist. Gerade dem deutschen Volke tut es not, daß es die Bedeutung der außenpolitischen Einflüsse begreifen lernt. Ranke schrieb über die deutsche Geschichte des Reformationszeitalters, über englische und französische Geschichte, über die Geschichte des Papsttums, über Wallenstein.

c) Lamprecht. Lamprecht erreicht in Hinsicht auf Breite des Horizonts durchaus nicht Ranke. Die 18 Bände seiner Deutschen Geschichte sind nichtsdestoweniger lesenswert.

d) Bude, Geschichte der Zivilisation in England. Ein Buch, das in Arbeiterkreisen seit jeher viel gelesen wurde und das heute noch als ein Buch von Rang anerkannt werden muß.

e) Weltgeschichte. Alle weltgeschichtlichen Darstellungen werden heute noch bei weitem übertroffen durch Ranks Weltgeschichte. In diesen Tagen begann auch Delbrück mit einer Weltgeschichte, die aber über den ersten Band noch nicht hinausgelangt ist. Delbrück ist bekannt durch seine Geschichte der Kriegskunst, ein bedeutendes Werk.

Die erwähnten Werke sind teuer und von Arbeitern schwer anzuschaffen. Sie können aber aus den meisten öffentlichen Bibliotheken bezogen werden. Sie lohnen die Zeit, die auf ihr Studium verwandt wird, durchaus.

Arbeiterbewegung und Bildungsproblem

In der neuen Zeitschrift „Gewerkschafts-Archiv“ veröffentlicht Georg Engelbert Graf unter dem obenstehenden Titel einen ausgezeichneten Aufsatz. Wir drucken folgendes aus diesen Darlegungen ab:

„Es wäre an der Zeit, daß das Führerproblem in der Arbeiterbewegung einmal von Grund aus diskutiert würde. Die Masse vertraut ihren Führern nicht mehr, oder nicht mehr genügend. Das ist nicht wegzuleugnen; und diese Tatsache lediglich auf Verhehlung und Verleumdung zurückzuführen, wäre kurzfristig und leichtfertig. Derartige soziologische Erscheinungen müssen eine soziologische Ursache haben. Unseres Erachtens liegt der Fehler zum größten Teil an der Beamtenhierarchie, in der das proletarische Führertum erstarrt. Es ist ja leider sowieso das tragische Schicksal der Arbeiterklasse, daß sie die Entwicklungsphasen der Bourgeoisie in verzerrter, oft geradezu karikiertester Form noch einmal durchläuft. Wir sind uns dessen zu wenig bewußt, daß bei uns ein ähnlicher Typus sich entwickelt hat, wie er der Bourgeoisie von vorgestern entsprach. In unsern Bureaus herrscht — ein oft geradezu grotesker Raubbau an Köpfen und Kräften der Arbeiterbewegung! — unberührt von den Errungenschaften moderner Psychotechnik und Organisation, noch roheste Arbeitsteilung wie im Frühstadium der Manufakturzeit. Hier haben sich jene Beamtentypen petrifiziert, die nur um ihrer selbst willen da zu sein scheinen, die es nie wagen würden, sich einmal selbst zu forrieren; jene Führer, die sich scheuen, weiter zu lernen — aus Schwäche oder Bequemlichkeit! —, die aber deshalb auch kein Interesse am geistigen Aufstieg der Masse haben; hier hat sich jener Beamtengeist eingensistet, der nur das eigene Aufsteigen kennt, aber die andern stets unten läßt. Das gilt nicht für alle, gewiß nicht, vielleicht noch nicht einmal für die Mehrheit der Beamten und Führer. Aber

es ist da —, und die Masse empfindet sehr wohl ihre Unbeweglichkeit und Starrheit, wenn sie dieser Empfindung auch oft nicht richtig Ausdruck zu geben vermag; und damit schwindet ihr Vertrauen zu der Führerschaft allgemein.

Es gibt nur ein Mittel, dieses starre System zu überwinden: die Mobilisation der Führer. Die Bildungsarbeit — vornehmlich der Gewerkschaften! — darf nicht dabei stehen bleiben, einmal eine Schicht von Führern systematisch auszubilden und dieses Verfahren alle Jubeljahre zu wiederholen; die Bildungsarbeit muß ständig in Fluß bleiben. Von unten muß dauernd ein neuer Führernachwuchs aller Befähigten geistig aufrücken, so daß gleichsam jede neue Führerwelle die frühere vorwärts treibt oder wieder untertaucht, und daß zwischen den Vordersten und der Masse keine Kluft, sondern unaufhaltsame, bewegte Massenorgane sich befinden.

Die bisherige Bildungsarbeit der proletarischen Organisationen beschränkte sich in der Hauptsache auf Einzelpredigten und Abendkurse, die natürlich unzureichend waren. Eine Anleitung zur Selbstbildung und zur selbstständigen Benutzung der Literatur fehlte bisher fast ganz. Es ist klar, daß Mangel an Mitteln und Ueberbürdung mit anderen Aufgaben einen systematischen Auf- und Ausbau der Bildungseinrichtungen bisher verhindert hat. Das Ideal wäre ein System, das im Betrieb oder in kleinen Bildungsgemeinschaften wurzelt und über eine Reihe Zwischenstufen hinaufführt zu einer von den Arbeiterorganisationen getragenen, aus pädagogischen Gründen als Internat eingerichteten Arbeiterhochschule. Nicht in Arbeitergemeinschaft mit dem heute so reaktionären Staat und mit gemäßigten Organisationen. Hier hat der ADGB Gelegenheit über Gelegenheit verfaßt, während das kleine Belgien in vorbildlicher Weise vorangeht und eine musterhafte Partei- und Gewerkschaftsschule ins Leben rufen konnte. Eine Bildungssteuer von 10 Pf. monatlich für jedes Mitglied würde genügen, um Bildungseinrichtungen von überragender Bedeutung für die deutsche Arbeiterschaft zu fundieren. Aber bei uns mangelt es in berattigen Dingen an Courage. Wie meinte doch der bekannte Philosoph Dilthey einmal: Es ist unnütz, über ein Messer Vermutungen anzustellen, ob es scharf ist oder nicht; es ist ein Messer, und es hilft nichts, man muß eben erst damit schneiden.“

Auslegung der Stilllegungsverordnung

In einem Erlaß an die Regierungspräsidenten usw. vom 29. Februar 1924 (S.-Nr. III 327/24 — RZBl. 7/24 amtlicher Teil S. 124) weist der preussische Minister für Handel und Gewerbe zur Behebung weiterer Zweifel, die bei der Handhabung der Stilllegungsverordnung aufgetreten sind, auf folgendes hin:

Für die Begriffsbestimmung des Arbeitnehmers im Sinne der Stilllegungsverordnung sind die Bestimmungen der §§ 10 bis 12 des Betriebsrätegesetzes maßgebend. Danach fallen auch die Beihilfeträger unter den Geltungsbereich der Stilllegungsverordnung.

Von einigen Demobilisationskommissionen wird die Auffassung vertreten, daß Verhandlungen gemäß § 3 der Stilllegungsverordnung dann nicht erforderlich sind, wenn die angezeigte Betriebsstilllegung erst nach Ablauf der vierwöchigen Sperrfrist durchgeführt werden soll. Diese Auffassung entspricht weder dem Sinn noch dem Wortlaut des § 3. Hiernach sind in allen Fällen von Betriebsstilllegungen, auch wenn ein Antrag auf Abkürzung der Sperrfrist oder auf Genehmigung von Entlassungen während der Sperrfrist nicht vorliegt, Verhandlungen zur Aufklärung der Umstände, welche die beabsichtigte Maßnahme veranlassen, unter Beachtung des Grunderlasses vom 29. Oktober 1923 (III 11 061/1 10 339 — S.MBl. S. 369) zu führen.

Nach Ziffer 3 des angezogenen Grunderlasses vom 29. Oktober 1923 sind die Betriebsvertretungen unter allen Umständen zu den Verhandlungen gemäß § 3 der Stilllegungsverordnung heranzuziehen. Hierzu ist erforderlich, daß die Betriebsvertretung rechtzeitig von dem Verhandlungstermin benachrichtigt wird. Es ist nicht anzunehmen, daß etwa — wie es in einem Sonderfall geschehen ist — nur die Gewerkschaft geladen wird und es dann dieser überlassen bleibt, ihrerseits die Betriebsvertretung zu der Verhandlung mitzubringen.

Die nachträgliche Genehmigung einer bereits vollzogenen Stilllegung und der damit in Zusammenhang stehenden Entlassungen ist nur zulässig, wenn tatsächlich ein unvorhersehbares Ereignis im Sinne des § 1 Abs. 3 der Stilllegungsverordnung vorliegt, welches die sofortige Stilllegung rechtfertigt. Andernfalls ist die nachträgliche Genehmigung zu versagen.

Die Entlassungsbeschränkungen des § 2 Abs. 2-5 der Stilllegungsverordnung gelten in gleicher Weise für Betriebsabbrüche wie für Betriebsstilllegungen, sofern im übrigen die Voraussetzungen der Stilllegungsverordnung gegeben sind (vgl. hierzu den Grunderlaß vom 1. Dezember 1923 (III 11 807 — S.MBl. S. 379)). Eine Verlängerung der Sperrfrist gemäß § 4 Abs. 1 Ziffer 1 ist jedoch nur bei Betriebsabbrüchen, nicht aber bei Betriebsstilllegungen zulässig. Die Frage, ob bei einer Verlängerung der Sperrfrist die Entlassungsbeschränkungen des § 2 Abs. 2-5 auch für die Zeit der Verlängerung gelten, kommt daher nur für Betriebsabbrüche in Betracht. Nach der vom Reichsarbeitsminister und vom preussischen Minister für Handel und Gewerbe vertretene Auffassung ist die Frage zu bejahen. § 4 Abs. 1 Ziffer 1 Satz 2 sagt ausdrücklich, daß im Falle der Verlängerung der Sperrfrist die Vorschriften des § 2 entsprechend anzuwenden bleiben. Diese Bestimmung kann in der Tat nur dann einen Sinn haben, wenn während der verlängerten Frist die rechtliche Wirkung der Sperrfrist weiter gilt. Dem steht nicht entgegen, daß im § 2 Abs. 1 nur von den Fristen des § 1 Abs. 2 gesprochen wird, da damit lediglich eine nähere Bezeichnung für die Sperrfrist, welche unter diesem Namen in der Stilllegungsverordnung nicht vorkommt, beabsichtigt ist.

In einigen Gewerbebezügen (z. B. in der Textilindustrie) ist es üblich, bei schlechtem Geschäftsgang die Arbeiter nicht zu entlassen, sondern — wenn auch unter Fortfall des Lohnes — nur zu beurlauben und ihnen dadurch ihre Arbeitsplätze offenzuhalten. Da in diesem sogenannten „Aussetzen der Arbeit“ eine wesentliche Aenderung des Vertragsinhalts liegt, kommt es bezüglich der Anwendbarkeit der Stilllegungsvorschriften darauf an, ob die Arbeitnehmer mit dem Aussetzen der Arbeit einverstanden sind oder nicht. Sind die Arbeitnehmer damit einverstanden, so findet die Stilllegungsverordnung keine Anwendung, weil eine Entlassung der Arbeitnehmer nicht vorliegt. Dagegen ist die Stilllegungsverordnung, sofern die übrigen Voraussetzungen zutreffen, dann anwendbar, wenn die Arbeitnehmer sich mit dem Aussetzen der Arbeit nicht einverstanden erklären. Denn in diesem Falle muß der Arbeitgeber zur Kündigung und Entlassung schreiten, wenn er die Lohnzahlung einstellen will.



Das Kennzeichen für Rindvieher



Ein Beser der „Jungen Gemeinde“ fand, wie er dieser mitteilt, in Heft 14 der „Bedanta-Philosophie“ folgende interessante Stelle: „In der Sanskrit-Grammatik von Panini, die um das Jahr 400 vor Christi Geburt abgefaßt wurde, wird die Swastika oder das Kreuz als eines der alten Zeichen, um das Vieh zu kennzeichnen, beschrieben, und noch in heutiger Zeit werden die Kinder und Schafe von der ungebildeten Klasse Indiens mit einem Kreuz versehen.“ — Mit der Swastika ist das bekannte Hakenkreuz der Deutschvölkischen und Gesinnungsgenossen gemeint. Einst trugen es die Rindvieher. Und heute... scheint das Hakenkreuz in den 2300 Jahren noch keinen, aber auch gar keinen Bedeutungswandel durchgemacht zu haben.

Erzungen schenken trotz kommunistischer Hochflut oder richtiger in-folge kommunistischer Hochflut haben wir uns mittlerweile gewöhnt. Das Tragische an der ganzen Sache ist, daß die Kommunisten durch ihre zerreißende und zerstörende Arbeit innerhalb der Arbeiterschaft mißfallen, den Boden für das Abflauen wirksam vorzubereiten, um hinterher zu rufen: „Haltet den Dieb“ (d. h. die „reformistischen“ Umformler, Kapitalisten usw.).

Kommen wir in der Nr. 13 des „Textilarbeiters“ dieses Jahres feststellen, daß die Unternehmer jetzt dazu übergehen, im Interesse der Allgemeinheit liegende Gesetze aus der wilhelminischen Ära zu befreieren, so sind jetzt die Unternehmer drauf und dran, die Betriebsräte aus den Aufsichtsräten bzw. Aufsichtsratsmitgliedern der Gesellschaften überhaupt auszuschließen, trotzdem den Betriebsräten das Recht dazu laut Gesetz vom 15. Februar 1922 gegeben ist. Schon seit längerer Zeit macht sich das Bestreben bei den Unternehmern bemerkbar, die Mitwirkung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat einzuschränken. Um das Ziel zu erreichen, hat man vielfach neben dem Aufsichtsrat einen Verwaltungsrat eingeführt, der in weit größerem Maße als der Aufsichtsrat die Geschäfte des Unternehmens zu leiten hat. Dem Aufsichtsrat bleiben nur die notwendigen, gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben vorbehalten. Des weiteren bestimmt man vielfach, daß zwei Aufsichtsratsmitglieder nicht genügen, um eine Sitzung zu beantragen, so daß die Vertreter der Arbeitnehmer machtlos sind. In Versuchung dessen veruche eine Großbank, die Mitwirkung der Aufsichtsratsmitglieder aus Arbeitnehmerkreisen zu beschränken. Hiergegen wurde Anfechtungsklage beim Reichsgericht erhoben. Im Urteil des Reichsgerichts heißt es dann, daß einer Gesellschaft nur der Ausübung des gesetzlichen Rechts einer Betriebsratsdelegation im Aufsichtsrat wegen nicht Opfer aufgebaut werden dürfen, die ihr mit Rücksicht auf die Notwendigkeit eines zweckentsprechenden Betriebes nicht zugemutet werden können. Um aber das Urteil nicht zu einseitig auslegen zu lassen, heißt es dann weiter, daß die Geschäftsordnung des Aufsichtsrats eine Bestimmung zu enthalten habe, welche die Abhaltung von Sitzungen vorschreibt. Das Entscheidende aber liegt im Schlusse des Urteils. Danach müsse es selbstverständlich sein, daß dem Bedürfnis schneller und vereinfachter Geschäftsabwicklung Rechnung getragen werden müsse. Die Bildung von Ausschüssen des Aufsichtsrats sei demnach aus letzteren Gründen (also aus Sparlichkeit) zulässig.

Mit dieser Entscheidung bewirkt das Reichsgericht praktisch, daß nunmehr überall, wo kein Verwaltungsrat gegründet ist, Ausschüsse gebildet werden, in denen keine oder nur in den seltensten Fällen Betriebsratsmitglieder sitzen werden.

Wenn nun die Kommunisten das BRG als „Unsinn“ bezeichnen, so wird trotzdem jeder vernünftige Mensch zugestehen, daß das BRG in den Händen der Arbeiterschaft bei sachverständiger und demnützigem Anwendung ein machtvolles Instrument ist. Mancher von den früheren Bekämpfern des BRG wird inzwischen eingesehen haben, daß er der Arbeiterschaft damit keinen Dienst erwiesen hat. Die Kommunisten gehen ins Parlament, um dort angeblich von der Rednertribüne ihre politischen Ideen propagandistisch zu vertreten. (Das praktische und verantwortungsvolle Mitarbeiter soll allerdings etwas schwieriger sein.) Schwache Politiker sind die Kommunisten aber, wenn sie darauf verzichten, ihre Ideen dort zu vertreten, wo sie eigentlich am besten am Platze wären und wozu ihnen das BRG die beste Gelegenheit gibt; nämlich in den kapitalistischen Unternehmungen (Aktiengesellschaften, Konzerne, Trusts). Es ist geradezu verblüffend, daß die Kommunisten nicht dort mit „Zellenbildungen“ beginnen, wo sie den eigentlichen Boden für ihre Ideen beackern und vorbereiten haben. Die Arbeiterschaft muß es leider am eigenen Leibe erfahren, daß der Mut der Kommunisten zur „Zellenbauerei“, worin sie Spezialisten sind, nur bis zu den eigenen Klassen-Genossen und deren Organisationen reicht. Der lachende Dritte, der Kapitalist, weiß, daß er von den maulwurfschreienden Kommunisten nichts zu befürchten hat. Er erblickt in ihnen seine natürlichen Stützen. Darum: Gott erhalte sie, die Kommunisten den Kapitalisten.

Scharfmacher.

Der bekannte günstige Wind hat uns ein Rundschreiben Nr. 33 der „Vereinigten Arbeitgeberverbände der Textilindustrie von M.-Glabach, Rhendt und Umgegend“ zugeführt, das einen tiefen Einblick in die Scharfmacherwerkstatt dieser Unternehmergruppe gewährt. Wir geben das Rundschreiben vollständig wieder:

Vereinigte Arbeitgeberverbände der Textilindustrie von M.-Glabach, Rhendt und Umgegend.

Rundschreiben Nr. 33. M.-Glabach, den 29. April 1924.

Geschäfts-Nr. (O)/24. Betrifft: Wiederherstellung stetiger Arbeitsverhältnisse.

Es ist mehrfach darauf hingewiesen worden, z. B. R. 23 vom 15. März 1924, 26 vom 28. März 1924, 29 vom 9. April 1924, daß innerhalb des Verbandes ein sachlich nicht erklärbarer starker Arbeiterwechsel stattfindet. Die Vorstände haben diese Tatsache ihre ganz besondere Aufmerksamkeit zugewandt und sind bemüht, alle Störungen ungehindert Betriebsführung auszuräumen.

Die Nachwirkungen der Lohnfesthaltung in der Inflationszeit sollten mittlerweile überwunden sein, die Tarifhaltung sollte zwischenzeitlich gesichert sein, Konjunkturrisiken sollen bei Betriebs-einstellung auf weite Sicht und nach höheren tarif- und sozialpolitischen Gesichtspunkten dauernd ausgeschaltet sein. Es darf nicht vorkommen, daß Arbeiter, die am 1. oder 2. Mai wegen Malfieber entlassen werden, sofort in anderen Betrieben angenommen werden.

Bei Eingehen auf die Gründe der Unruhe innerhalb der Arbeiterschaft ist die Möglichkeit in Betracht gezogen, für die auch gewisse tatsächliche Anhalte ermittelt sind, daß bis zu einem gewissen Grade neben und zu den bereits angeführten Gründen auch das Verhalten gewisser Mitgliedsfirmen und außerhalb des Verbandes stehender Firmen beiträgt.

Wegen Nichtbefolgung des Befehles der Mitgliederversammlung vom 8. Februar 1924 — R. 14 vom 9. Februar 1924 — haben bekanntlich die Firmen August Dittber u. Söhne, Mülfort, und Otto Dittber u. Co., Rhendt, aus der Spinnereivereinigung Rhendt ausgeschlossen werden müssen.

Die Firmen Jakob Krebs A.-G., Anrath, und Rheinische Wollwerke A.-G., vorm. H. Kloeters u. Co., Rhendt, haben durch den Verein der Textilindustriellen in Vertragsstrafe genommen werden müssen.

Die Firma B. Barthmann u. Sohn, Wegberg, hat ihren in Doppelschicht arbeitenden Arbeitern wegen der hierdurch eingetretenen Beschäftigungsmöglichkeit für 54 Wochenstunden eine Ausgleichsentschädigung gezahlt.

Es erscheint nach gewissen Beobachtungen nicht ausgeschlossen, daß die nicht dem Verband angehörenden Firmen Arzh u. Behle, Rhendt, Mechanische Weberei Beeferheide durch über- bzw. sonder-tarifliche Zustände an die Belegschaften möglicherweise Arbeiter anziehen.

Es kommt dem Verband darauf an, zuverlässige Unterlagen dafür zu gewinnen, was den augenblicklichen Arbeiterwechsel verursacht, um ihn durch entsprechende Gegenmaßnahmen zu verhindern, jedenfalls auf das gehörige Maß zurückzuführen und den von störendem Arbeiterwechsel betroffenen Firmen den Schutz des Verbandes anzubieten zu lassen.

Außerstenfalls müßte der geschlossene Verband zur Abwehr Anordnungen und Vorkehrungen treffen, die als Notstands- und Notwehrmaßnahmen Gewalt- und Kampfmaßnahmen bedeuten.

Die Mitgliedsfirmen werden gebeten, ihre Beobachtungen und Erfahrungen über die Gründe des Arbeiterwechsels sowie die Nachteile und Schädigungen infolge des Arbeiterwechsels binnen längstens einer Woche der Geschäftsstelle mitzuteilen.

Der Geschäftsführer: gez. Arb., Rechtsanwalt.

Daß die in den Vereinigten Arbeitgeberverbänden von M.-Glabach, Rhendt und Umgegend organisierten Arbeitgeber, die einen Herrn Rechtsanwalt Arb. als Syndikus sich erkoren haben, Scharfmacher besonderer Güte sind, ist uns längst bekannt. Sozialpolitischen Empfinden war für sie zu jeder Zeit ein Grauel. Doch aber diese Scharfmacher, Arbeitgeber, die nicht in dieser rücksichtslosen Weise diesen scharfmacherischen Tendenzen Rechnung trugen, aus der Unternehmerorganisation ausgeschlossen wurden, ist immerhin eine Leistung, die nicht so leicht überboten werden kann.

Die Textilarbeiterschaft ersieht daraus, daß das Unternehmertum rücksichtslos jede sozialpolitische Rücksichtnahme einzelner Unternehmer auf die Arbeiterschaft durch Hinanwurf aus der Organisation zu unterdrücken versucht. Was die Textilarbeiterschaft zu erwarten hat, wenn sie nicht rechtzeitig durch ihre Geschlossenheit diesen scharfmacherischen Tendenzen entgegenwirkt, braucht wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden. Brutale Unterdrückung der Arbeiterschaft ist das Ziel des Unternehmertums.

Die Textilarbeiterschaft muß durch ihre innere Geschlossenheit dafür sorgen, daß die von Machtkoller befallenen Unternehmer samt ihres Einpeitschers, des Herrn Rechtsanwalt Arb., zur Bestimmung kommen und ihnen klar gemacht wird, daß die Unterbindung der Freizügigkeit für die Arbeiterschaft und die Gewährung von Löhnen über die Tarifhöhe hinaus Dinge sind, die sich die Arbeiterschaft unter keinen Umständen rauben läßt.

Aus der Textilwirtschaft.

Die Textilmärkte im April. Man schreibt uns: „Das anhaltend hohe Preisniveau der Bekleidungsgegenstände, die im Verhältnis zum Vorkriegsstand von allen Bedarfsartikeln heute eine erste Stelle im Preisindex einnehmen, beschäftigt die Öffentlichkeit fortgesetzt und hat ebenfalls auch zur Einleitung der kürzlich begonnenen Textil-enquête geführt. Einen der Hauptgründe für die hohen Textilwarenpreise in Deutschland bilden zweifellos die gegenüber der Vorkriegszeit erheblich gestiegenen Preise der wichtigsten Textilrohstoffe, insbesondere die in den letzten Monaten zeitweilig sehr starke Hausse auf dem Weltmarkt, Baumwolle und Seidenmarkt.“

Cap snow with-Wolle beispielsweise, die Ende 1913 mit 24 Pence pro englisches Pfund gehandelt wurde, kostete Anfang 1923 37 Pence, Anfang dieses Jahres 49 Pence und ist seitdem bis auf 55 Pence gestiegen. Rohbaumwolle, deren Vorkriegspreis in Bremen 1,30 Mk. pro Kilo betrug, kostet heute zirka 3 Mk., d. h. von den wichtigsten Textilrohstoffen ist Wolle um zirka 130 Proz., Baumwolle etwa um 230 Proz. im Preise gestiegen. Auch auf dem Seidenmarkt hat gerade in der letzten Zeit vornehmlich unter dem Einfluß des preissteigernden Flachsaufverbots der Sowjetregierung eine starke Hausse eingeleitet. Aus der Gegenüberstellung der inländischen Indizes gegen die ausländischen geht hervor, daß die hohen Textilwarenpreise nicht allein und in der Hauptsache auf die Steigerung der Rohstoffpreise zurückzuführen werden können, sondern daß die deutsche Textilindustrie trotz niedriger Löhne und gesteigerter Arbeitszeit und trotz der Entschärfung der Betriebe zu teuer produziert. — Am Bremer Baumwollmarkt war das Geschäft, abgesehen von der Un-erbrechung durch die Osterferien, ziemlich lebhaft. Rohbaumwolle kostete an den Hauptmärkten in

	2. 1. 24	1. 4.	14. 4.	30. 4.	
Bremen	88,19	81,24	84,30	82,78	Gis. p. 16.
New York	83,40	28,50	30,40	29,80	
Liverpool	21,06	17,51	18,44	17,10	Pence p. 16.

Die Preisbewegung auf dem Markt für Rohbaumwolle ist im Hinblick auf die Unsicherheit hinsichtlich der künftigen amerikanischen Baumwollerte die ziemlich erheblichen Schwankungen ausgelegt. Unabhängig davon ist aber die Preissteigerung für baumwollene Fertigwaren infolge der lebhaften Inlandsnachfrage unverändert fest. Auf dem Wollmarkt scheint die starke Hausse der letzten Monate ihren Höhepunkt erreicht zu haben. Nebenfalls ist nach den aus England und den Hauptkolonialplätzen vorliegenden Meldungen festzustellen, daß das erreichte hohe Preisniveau für zahlreiche Qualitäten sich einweisen stabilisiert hat. Die letzten Wollauktionen in Liverpool Ende April brachten keine nennenswerten Preissteigerungen; die Preise entsprechen ungefähr den gegenwärtigen Handelspreisen und neigen sogar zum Teil zugunsten der Käufer. Die bevorstehenden Wollauktionen in London vom 6. bis 20. Mai werden eine Klärung bringen, ob die Hausse, die zu einem nicht unerheblichen Teil durch die umfangreichen deutschen Käufe gestützt worden ist, einen Fortgang nimmt, oder ob sich das erreichte hohe Preisniveau für einige Zeit stabilisieren wird. Man rechnet in England mit einem stärkeren Auftreten der französischen Nachfrage, insbesondere für Merinowollen.

Die deutsche Wollindustrie ist anhaltend stark beschäftigt. Das Inlandgeschäft auf dem Wollmarkt ist jedoch sehr ruhig geworden; die Industrie hat sich mit Rohmaterial genügend eingedeckt und verhält sich zunächst abwartend. Für einige wichtige Wollsorten stellen sich die Preise zurzeit wie folgt: Can snow white 55 Pence, Austral a/2a 70 Pence, Buenos Aires Schweißwolle D1 33 Pence pro englisches Pfund. (Frankf. Zig.)

Bericht von der Verbandsgeneralversammlung in Cassel.

Dritter Verhandlungstag.

Vormittags-sitzung.

Den Vorsitz führt Hübsch. Zur Statusberatung

erstattet Schrader den Bericht: Es hat sich notwendig gemacht, das Statut so zu ändern, daß der Vorstand befugt wird, zur Stärkung des Verbandes gewisse Handlungen selbstständig vorzunehmen. Eine Menge Anträge aus der Inflationszeit sind durch die Stabilisierung der Rentenmark überholt. Viele Anträge wollen die Erwerbslosenunterstützung beseitigen; ebenso viele Anträge verlangen, daß die Unterstützung ausgebaut wird. Es glaubt heute niemand mehr, daß eine Gewerkschaft ihre Gelder einzig und allein nur zur Streikunterstützung verwenden kann. Wir können, wie die Verhältnisse liegen,

auf die Erwerbslosenunterstützung nicht verzichten.

Die Statutenvorbereitungskommission hat die Beibehaltung der Unterstützung beschlossen und bittet den Verbandstag, in ihrem Sinne zu entscheiden. Die Redaktion des „Textilarbeiters“ hat nach dem neuen Statut mit dem Vorstand im Einvernehmen zu stehen. Der Verbandsauschuß soll nicht mehr von der Filiale seines Sitzes, sondern von dem Verbandstag selbst gewählt werden. Der Verbandstag setzt sich zusammen aus den gewählten Vertretern, den zur Wahl stehenden Vorstandsmitgliedern, dem Redakteur des „Textilarbeiters“, den Gauleitern, den Vertretern des Verbandsauschusses, den Vertretern des Beirates, den Vertretern der unbefol deten Vorstandsmitglieder und dem Vertreter der Revisoren. Der Verbandstag tritt nicht mehr alle zwei, sondern nur alle drei Jahre zusammen. Ein Verbandstag verursacht rund 60 000 Mark Kosten; das ist heute keine Kleinigkeit mehr. Ein gebundenes Mandat darf kein Vertreter annehmen. Die Ausschließung eines Mitgliedes kann erfolgen, wenn sich ein Mitglied Handlungen zuschulden kommen läßt, die gegen die Verbandsinteressen verstoßen, sich beharrlich weigert, den Anordnungen des Hauptvorstandes, der Gauleitung oder der Ortsverwaltung Folge zu leisten, sofern diese Anordnungen im Statut begründet sind oder sich auf Verbandstags- und Beiratsbeschlüsse stützen, und wenn sich das Mitglied vor dem Schiedsgericht nicht rechtfertigt oder keine Bestreuer ernennt, obgleich es dazu in der Lage war. Ein kommunistischer Antrag, das neue Statut für ein typisches B.P.D.-Wert zu erklären, findet nicht die nötige Unterstützung.

In der **Aussprache**

erklärt Mertens-M.-Glabach, daß das Statut so hätte geändert werden müssen, um die verbandsschädigende Tätigkeit der kommunistischen Mitglieder unmöglich zu machen. Mit dem von kommunistischer Seite vorgeschlagenen Abbau der Erwerbslosenunterstützung könne der Verband nicht vorgehen. Obwohl manche kleine Änderungen nicht zu begründen seien, empfiehlt Redner die Annahme des Statuts en bloc.

Scholz-Landesgut: Das Statut hebt die Selbstbestimmung der Mitglieder auf. Die Reaktionen werden ihre Freude an diesem Statut haben, das jede dem Vorstand unangenehme Richtung ver-gewaltigt. Die Beibehaltung der Unterstützung nimmt dem Statut den Charakter des Klassenkampfes. Es müßten die dreifachen Beiträge erhoben werden, wenn für den Kampf noch etwas übrig bleiben soll. Das Statut macht den Verband passiv. Er kann nicht mehr aggressiv vorgehen und keine besseren Löhne von den Unternehmern erkämpfen.

Vater-M.-Glabach: Wenn die Vorlage so angenommen wird, wie sie vorliegt, wird der Kampf gegen die Unternehmer viel erfolg-reicher als bisher geführt werden können. Wir müssen das Statut annehmen, wenn wir der kommunistischen Schweinerei ein Ende machen wollen. Wir müssen den Vorstandsmitgliedern Rechte in die Hand geben, nach denen sie handeln können.

Fritzsche-Wüstegiersdorf, spricht für das Statut, will aber die Heimarbeit mehr berücksichtigt haben. In Schlesien wurde den Heimarbeitern für ein Duzend gehäkelter Jacken, woran sie eine ganze Woche zu arbeiten haben, 6 Mark 25 Pf. gezahlt. Diesen Wert für den Armen müsse geholfen werden. Im Statut sei aber das Wort „Heimarbeit“ nicht einmal erwähnt. Sie müßten mit den Arbeiterinnen unter 16 Jahren bezüglich der Erwerbslosenunterstützung gleichgestellt werden.

Lang-Rangenbielau beantragte Schluß der Debatte. Der Verbandstag beschließt demgemäß. Die Abstimmung über die en bloc-Akzeptanz des Statuts ist namentlich.

Schrader führt im Schlußwort aus, daß die Einnahmen der Heimarbeitern so verschieden seien, daß man sie nicht im Statut schablonisieren könne.

Die Abstimmung

des Statuts wurde mit 255 Stimmen gegen 56 bei 3 Stimment-haltungen angenommen. Die 255 Stimmen vertreten 565 083, die 56 Stimmen 124 468 Mitglieder.

Ein kommunistischer Antrag, die Reichstagsabgeordneten, die dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt haben, aus dem Deutschen Textil-arbeiterverband auszuschließen, fand nicht die nötige Unterstützung.

Ein Antrag Schulze-Hoppe, die Jugend-, Arbeiterinnen- und Betriebsrätefragen dem Hauptvorstand zur beschleunigten Erledigung zu empfehlen, da die Schulung der Frauen und der Betriebsräte dringend notwendig sei, wurde einstimmig angenommen.

Hierauf wurden die durch das Statut noch nicht erledigten Anträge formalen Inhalts nach dem Vorschlage des Vorstandes abgelehnt, beziehungsweise dem Vorstande überwiesen.

Die Wahl des Vorstandes.

Zu Vorsitzenden wurden vom Verbandstage gewählt: Hübsch, Saedel und Schrader; zu Kassierern: Jehms und Brilmwig; zu Sekretären: Reichelt, Feinhals, Schulze, Köbel und Dressel; als Sekretäre der Internationalen: Jäckel und Köbel. Unter die Beisitzer wurde Robert Albrecht-Cassel, unter die Beisitzer-Stellvertreter Christian Simon-Cassel, in den Verbandsauschuß Johannes Schmal-Cassel gewählt.

Nachdem noch einige Anträge, darunter ein Vorstandsantrag über den Beamtenabbau, angenommen, erklärte Bod-Reddoffzell, der Verband habe die Demokratie aufgegeben und sei eine Diktatur des Verbandsvorstandes geworden. Jäckel erklärte hierauf, daß der Vorstand seine Vollmachten zur Ausschließung so lange nicht gegen die kommunistischen Mitglieder anwenden werde, so lange sich diese den gefassten Beschlüssen fügen. Der Vorstand werde aber nicht länger Leute bezahlen, die gegen die Interessen des Verbandes arbeiten.

Hübsch erklärte zum Schluß, es habe kein Richtungs-, sondern ein Klärungsprozeß stattgefunden. Der demokratische Boden sei nicht verlassen worden; im Gegenteil, der Verbandstag habe die Demokratie der Erstrebung der Diktatur durch die Kommunisten gegenüber gerettet. Hübsch dankte dann den Casseler Genossen für den Schutz des Verbandstages, der in aller Ruhe hätte stattfinden können.

Mit einem Hoch auf den Verband und dem Gefang der Internationalen wurde der Verbandstag geschlossen.

Berichte aus Fachreisen.

Lichtenstein-Callenberg. Nach langer Krankheit verstarb hier am zweiten Osterfeiertag unser langjähriges Mitglied, der Vorsitzende Bernhard Graupe.

Für seine aufopferungsfreudige Mitarbeit möchten wir an dieser Stelle einem letzten „Gute Nacht“ Ausdruck verleihen. Wir werden seiner jederzeit in Ehren gedenken.

Deutscher Textilarbeiterverband, Geschäftsstelle Lichtenstein-C. Nördlingen. Hier verstarb das langjährige Mitglied Adreas Eber. Kollege Eber war lange Zeit Mitglied des Betriebsrats der Tuchwerke Busse. Die Geschäftsstelle Nördlingen dankt ihm für seine Pflichterfüllung und treue Mitarbeit.

Literatur.

Eine wissenschaftliche Monatschrift für die Gewerkschaften. Dieser Tage erschien Nr. 1 des „Gewerkschafts-Archivs“. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl Zwing, Jena. Aus dem Inhalt ist hervorzuheben: Gewerkschaftliche Zeiterwände von K. Zwing; Arbeiterbewegung und Bildungsproblem von G. E. Graf; Antrieb und Ziel des Mitbestimmungsrechtes von U. Korpel; Zur Aufhebung des Achtstunden-tages von A. Kramol; Frauen- und Männerlöhne von A. Geyer; Konstruktiver Sozialismus von S. Aufhäuser usw. Das Heft ist 64 Seiten stark und beträgt der Preis des Hefes 1 Mark. Es kann durch alle Buchhandlungen, Postämtern oder vom Verlag „Gewerkschaftsarchiv“, Jena, Gamsdorfer Str. 10, bezogen werden.

Abgesehen davon, daß die Herausgabe des „Gewerkschafts-Archivs“ gerade in eine Zeit fällt, in welcher auch der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund ebenfalls eine wissenschaftliche Zeitschrift für die Gewerkschaften herauszugeben sich anschickt, so wird mit der Herausgabe des Gewerkschafts-Archivs ein recht fühlbares Bedürfnis gesteuert. Der Inhalt des 1. Heftes entspricht den gestellten Anforderungen.

Erstklassige Kurbel- und Kettensticker oder Stickerinnen

zu sofortigem Eintritt gesucht. Nur solche (ledig) mit Praxis auf Konfektion (Mägen und Mäntel) und auf Maschinen mit Motorantrieb wollen sich melden. Jahresstelle, Stundenlohn 1,40 Franken bis 2 Franken. Einreisebewilligung besorgen wir.

Stickeri Raifling, Glarnerstrasse 81, Zürich 2 (Schweiz).

Hiermit nehme ich die gemachten Beleidigungen gegenüber der damaligen Streikleitung des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Filiale Elberfeld, mit Bedauern zurück.

Eduard Kölsch, Elberfeld, Hochstraße 71a.

Verlag: Karl Hübsch in Berlin, Magasinstraße 6-7. — Verantwortlicher Redakteur Hugo Dressel in Berlin. — Druck: Forwirts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.